

PRESSEKONFERENZ

Zero Tolerance – Null Toleranz gegen Gewalt an Frauen

7. Oktober 2005, 10.00 Uhr

Parlament Stützpunktzimmer

mit

Bettina Stadlbauer, SPÖ Bundesfrauengeschäftsführerin und

Petra Bayr, Entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ

Jacqui Hunt, Equality Now

**Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen –
Resümee zur Enquete „Zero Tolerance - Null Toleranz gegen Gewalt an
Frauen“**

vom 6. Oktober 2005

Teilnehmende Organisationen und Themen:

Jacqui Hunt (Equality Now) – Strategien gegen Gewalt an Frauen

Eva Kaufmann (LEFÖ) – Frauenhandel

Martina Punz (Sozialistische Jugend) – Psychoterror radikaler Abtreibungsgegner

Brigitte Voykowitsch: Vernachlässigung von Mädchen, Abtreibung weiblicher Föten

Sabine Karadas: Frauensuizide in Kurdistan

Ulrike Wieländer (Amnesty International): Steinigung

Christina Buder (Frauensolidarität): Frauenmorde in Mexiko

Rosa Logar (Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie): Häusliche und körperliche Gewalt

Sabine Hahn (Nord-Süd-Institut): Kindersoldatinnen

Lis. Gül Ayse Basari (Orient-Express): Zwangsheirat

Gabi Frimberger (proFrau): Ehrenmorde

Andrea Brem (Verein Wiener Frauenhäuser): Verheiratet und ausgeliefert

Martin Janata (Österreichische Plattform gegen FGM): Weibliche Genitalverstümmelung

Beatrice Achaleke (Black Women Community): Benachteiligung von Migrantinnen in Österreich

Gewalt an Frauen ist das Ergebnis von ungleicher Verteilung von Macht, Ressourcen und Einfluss – diese ist nicht gottgegeben sondern veränderbar. Diskriminierung und Gewalt gehen oft Hand in Hand.

Dafür ist sowohl ein politisches Bewusstsein, als auch Sensibilität gegenüber diskriminierenden Mechanismen notwendig. Politik kann dies gestalten, verändern, kann Grausamkeiten wie harmful traditions stoppen. Vorurteile können aber nur bekämpft werden, wenn Sprache sensibel verwendet wird, sonst besteht die Gefahr, dass der Gewalt noch eine rassistische Komponente hinzugefügt wird. Gewalt ist immer zu verurteilen, egal wie und wo sie passiert. Diskriminierungen sind aufzuzeigen und öffentlich zu machen.

Frauenrechte sind Menschenrechte – dies ist auch in Österreich bewusst zu machen, einiges passiert vor unserer Türe (FGM, Zwangsheirat, Menschenhandel, Katalogfrauen, ...), anderes weit weg. Opfer dürfen nicht noch weiter kriminalisiert und diskriminiert werden, ihre Vertretungen und Einrichtungen müssen finanziell unterstützt werden.

Es ist wichtig Fakten zu haben bzw. zu erheben, Beratungseinrichtungen zu dotieren und Solidarität zu leben.

EZA-Mittel sind zu erhöhen, in der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit müssen Schwerpunkte gesetzt werden, die Empowerment, Eigenständigkeit und Frauenförderung zum Inhalt haben. Bildung und die Stärkung von wirtschaftlichen,

sozialen und kulturellen Rechten muss dabei im Vordergrund stehen. Besonderes Augenmerk soll auf Projekte zur Stärkung der Position von Frauen gelegt werden, die in der Folge evaluiert werden und Ausgangspunkt für Kooperationen sind. Das Hauptaugenmerk muss dabei auf der Prävention liegen. Es muss mit NGOs vor Ort kooperiert werden, Vernetzung ist dabei sehr wichtig. Organisationen, die progressive Frauenpolitik machen, sind finanziell und politisch zu unterstützen.

Humanitäre Hilfe muss gendersensibel geplant und vergeben werden. Lobbyarbeit z.B. bei der UN ist dafür notwendig.

Internationale Zusammenarbeit soll auf juristischer und politischer Ebene forciert werden, ständige Evaluation ist dabei notwendig. Frauenhandel wird nicht durch den Beschluss von Konventionen unterbunden sondern durch präventive Arbeit, durch Entwicklung der Regionen, aus denen Frauen verschleppt werden und durch echte Maßnahmen im Zielland. Es ist zu überprüfen, wie die Buchstaben des Gesetzes wirken, wo neue Gesetze geschaffen werden müssen.

Diplomatische Kanäle sind zu nutzen, um gegen harmful traditions und Gewalt gegen Frauen zu protestieren, gegebenenfalls sind diplomatische Konsequenzen zu ziehen, in jedem Fall müssen die Probleme auf offiziellem Weg angesprochen werden.

Bei allen außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen zu fördern, Unabhängigkeit bedeutet eine stärkere Position gegenüber Männern.

Politische Selbstvertretung von Frauen muss gestärkt werden (derzeit haben Frauen einen Anteil von 12 % in Parlamenten) „Selbstvertretung statt Stellvertretung“. Alle Regierungen sind permanent an ihre Versprechen von der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking zu erinnern.

Frauenspezifische Asylgründe sind zu erheben und es ist zu klären, wieso so viel weniger Frauen ihren Anspruch auf Asyl einfordern können, als Männer. Die Betreuung von Asylwerberinnen im Verfahren, bei der Vernehmung und als anerkannter Flüchtling ist zu optimieren.

Vermeintlich schon erreichte Rechte müssen permanent wieder verteidigt werden, dadurch fehlt die Energie für das Erreichen von neuen Fortschritten.

Oft ist ein Grund für Gewalt die außer Kontrolle geratene Globalisierung: die gesellschaftliche Entwicklung kann mit der rasanten wirtschaftlichen Änderung nicht ansatzweise Schritt halten. Globalisierung ist nach sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Gesichtspunkten zu gestalten, Wirtschaftsinteressen alleine dürfen nicht das Sagen haben. KonsumentInnen haben die Macht, der Wegwerfgesellschaft und den Weltmarktfabriken wirksam entgegenzutreten.

Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, dass Gewalt nur in bestimmten Gruppen vorkommt. Jede Gewalt ist in gewissem Sinne traditionsbedingt. Das Beispiel der FPÖ-Plakate in Wien zeigt, dass die Sensibilisierung gegen Gewalt an Frauen leider oft auch instrumentalisiert wird um Vorurteile und Rassismus zu schüren.

Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen soll auch unabhängig vom Aufenthaltsrecht des Mannes erteilt werden.

Für die Beihilfe zum Menschenhandel ist ein eigener Straftatbestand zu schaffen. Zum Schutz vor Frauenhandel muss ein humanitärer Aufenthaltstitel auch für Frauen geschaffen werden, die nicht sofort als Zeuginnen aussagen wollen. Durch das Einräumen einer Nachdenkfrist, in der Beratung angeboten wird, erhöht sich die Chance, dass mehr Frauen den mutigen Schritt einer Aussage wagen.

Der Psychoterror, den radikale Abtreibungsgegner auf Frauen ausüben, ist ein österreichweites Problem. Eine bundesweite Schutzzonenregelung ist daher unbedingt notwendig.

Auch beim Anti-Stalking-Gesetz, das diese Woche in Begutachtung gehen soll, ist eine Schutzzonenregelung im Umkreis der Wohnung der Betroffenen wichtig.

Organisationen zum Schutz von Frauen brauchen ausreichende finanzielle Unterstützung. Ziel wäre beispielsweise eine Interventionsstelle in jeder Bezirkshauptstadt.

Wenn Frauen via Internet wie eine Ware von Heiratsvermittlern angeboten werden, ist dies eine Form der Gewalt, die unbedingt bestraft werden muss.

Nationale Regelungen sind oft zu wenig um wirkungsvolle Maßnahmen gegen Gewalt setzen zu können. Daher bedarf es u.a. auch EU-Richtlinien gegen Gewalt an Frauen. So muss es beispielsweise in jedem EU Staat Frauenhäuser geben.